



Conseil d'Etat  
Staatsrat

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

## ANTWORT AUF DAS POSTULAT

<b>Urheber</b>	Julien Monod (Suppl.), PLR, Jérémy Savioz, Les Verts, Sandrine Perruchoud, AdG/LA, und Florentin Carron, PDCB
<b>Gegenstand</b>	<b>Abfalltrennung: Der Kanton muss mit gutem Beispiel vorangehen</b>
<b>Datum</b>	13.11.2017
<b>Nummer</b>	<b>5.0298</b>

---

Der Staatsrat wird im Postulat dazu aufgefordert, eine umfassende Strategie für die Abfalltrennung in den öffentlichen Gebäuden des Staates Wallis sowie einen Zeitplan für eine möglichst rasche Umsetzung im Jahr 2018 zu prüfen.

Im Rahmen des Unterhalts der Gebäude des Staates Wallis existieren seit mehreren Jahren Lösungen für die Abfalltrennung. Sammelbehälter für die Abfalltrennung wurden im Aussenbereich verschiedener Standorte installiert. Aufstellungsort und Module der Abfallbehälter sind auf den Nutzerbedarf und die Gebäudeausstattung (Getränke- und Snackautomaten, Cafeteria, Geschäfte in der Nähe usw.) abgestimmt.

In den Verwaltungsgebäuden beschränkt sich die Abfalltrennung zurzeit auf die Sammlung von Papier und PET-Getränkeflaschen. Da die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) das für das Recycling benötigte Material (Behälter, Papiercontainer, Aktenvernichter) nicht zur Verfügung stellt, musste jede Dienststelle in Absprache mit dem Ökonomat ein bedarfsgerechtes Abfalltrennsystem einführen.

Ein für den Aussenbereich geeigneter Sammelbehälter mit vier Modulen für die Abfalltrennung (Aluminium, PET, Papier und Hausmüll) kostet zwischen 3'500 und 4'500 Franken. Ein vergleichbarer Sammelbehälter für den Innenbereich kostet zwischen 1'200 und 1'600 Franken.

Im Hinblick auf die hohen Kosten müssen die Budgetmöglichkeiten der jeweiligen Dienststelle bei der Planung berücksichtigt werden. Die Organisation der Sammlung dieser Abfälle auf kantonaler Ebene erfordert die Anstellung zusätzlichen Personals oder die Vergabe eines externen Mandats. Daher ist es am sinnvollsten, die Dienststellen mit der Einführung eines Abfalltrennsystems zu beauftragen.

Ausserdem wurde eine Kommission im Rahmen der Agenda 21 eingesetzt, die sich mit Anfragen dieser Art beschäftigt und den Dienststellen beratend zur Seite steht.

Das Postulat wird zur **Annahme** empfohlen, da es sich in den verschiedenen kantonalen Dienststellen bereits in der Umsetzung befindet.

Auswirkungen Administration: ja  
Auswirkungen Finanzen: ja  
Auswirkungen Vollzeitstellen (VZE): ja  
Auswirkungen NFA: keine

**Ort, Datum:** Sitten, den 27. Juni 2018